

**Drucks.-Nr.: 145-1/2002/VII**

An die  
Vorsitzende der Gemeindevertretung  
Frau Karin Neipp  
Rathaus  
64342 Seeheim-Jugenheim

**Antrag zum Haushalt 2003**

Sehr geehrte Frau Neipp,

bitte setzen Sie diesen Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Gemeindevertretung und überweisen Sie ihn vorab als **Tischvorlage** an den Haupt- und Finanzausschuss zur Sitzung am 03.12.02

**Beschlussvorschlag:**

Die Gemeindevertretung beschließt die folgenden im Einzelnen begründeten Änderungen des Haushaltsplanes 2003:

1. **Seite 159, 9000/010000.0 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer**  
Der Ansatz für die Einkommensteuerzuweisungen ist nach den Erfahrungen des Jahres 2002 und den aktuellen Steuerschätzungen mit 8,2 Mio Euro anzusetzen.  
Begründung: Die aktuellen Schätzungen der Bundesregierung liegen um 5,5% unter den Zahlen der Mai-Schätzungen. Die aktuell im Haushalt eingeplanten 8,6 Mio Euro sind damit zu hoch angesetzt.
  
2. **Seite 159, 9000/001000.0 Grundsteuer B**  
Der Ansatz für die Grundsteuer B ist auf den Wert des Vorjahres zu setzen.  
Begründung: Eine Grundsteuererhöhung findet nicht die Zustimmung der CDU.

3. **Seiten 3 und 114, Zuschussbedarf EP4**

Der Haushaltsansatz des Abschnittes 4 ist auf der Höhe des Jahresansatzes des Jahres 2002 zu belassen. Näheres regelt der Gemeindevorstand.

Begründung: Steigerungen auf der Ausgabenseite und Senkungen auf der Einnahmeseite sind nicht akzeptabel. In Zeiten rückläufiger Einnahmen darf der Zuschussbedarf auch für die Kinder- und Jugendarbeit nicht weiter wachsen.

4. **Seite 119, Zuschussbedarf Schwimmbad Burkhardstraße**

Der Zuschussbedarf für das Schwimmbad in Jugenheim wird um 100 T Euro reduziert. Näheres regelt der Gemeindevorstand in Abstimmung und mit Unterstützung des Jugenheimer Schwimmbadvereins, der öffentlich seine Mitarbeit angeboten hat.

Begründung: Die CDU ist gegen die Schließung des Schwimmbades. Um aber in Zeiten knapper Kassen den Betrieb aufrecht zu halten, muss der Zuschussbedarf reduziert werden.

5. **Seite 258, Stellenplananpassung**

Die Zahl der Stellen im Stellenplan ist auf die Zahl der heute besetzten Stellen (156,25) zu begrenzen. Die Haushaltsansätze sind ggfs. zu reduzieren. Das nähere regelt der Gemeindevorstand.

Begründung: Eine langfristig wirkende Haushaltskonsolidierung erfordert Einschnitte bei den Personalkosten. Die Wiederbesetzung nicht besetzter Stellen ist ein erster wichtiger Schritt. Langfristig ist dies nur über eine Streichung nicht besetzter Planstellen machbar.

6. **Seite 258, KW-Vermerke**

Zusätzlich sind in den nächsten 2 Jahren mindestens 5 Stellen im Stellenplan mit einem KW-Vermerk zu versehen. Das nähere regelt der Gemeindevorstand.

Begründung: Um die Kosten weiter zu reduzieren, müssen mittelfristig auch heute besetzte Stellen abgebaut werden. Die CDU empfiehlt u.a., die Aufgabe der kommunalen Frauenbeauftragten in die Hände privater Frauenorganisationen, wie z.B. Szenenwechsel, zu geben, oder zusammen mit den Nachbargemeinden eine gemeinsame Stelle zu schaffen. Fünfzehn der 23 Gemeinden im Kreis Darmstadt-Dieburg kommen ohne hauptamtliche Frauenbeauftragte aus. Seeheim-Jugenheim sollte dieses auch schaffen. Die Aufgaben im Rahmen der Baumschutzsatzung können auslaufen. Jugendförderung und Schulkindbetreuung können zusammengelegt werden.

7. **Seite 131, Gewinne aus den Abfallgebühren**

Die Gebühren für die Abfallentsorgung sind kostendeckend zu planen. Der im Haushaltentwurf eingeplante Gewinn in Höhe von 63.363 Euro ist auf Null zu setzen.

Begründung: Abfallbeseitigung muß kostendeckend sein. Die Gebühren sind entsprechend zu berechnen.

8. **Seite 151, Einnahme aus Konzessionsabgabe Wasser und Gewinn**

Die Gemeindewerke werden nicht zu einer erhöhten Gewinnabführung gedrängt.

Begründung: Die geplante Erhöhung der Gewinne im Bereich der Wasserwirtschaft führt mittelfristig zu höheren Wasser- und Abwassergebühren. Diese verdeckten Steuererhöhungen lehnt die CDU generell ab.

- 3 -

- 3 -

9. **Seite 205, Verkauf von Grundstücken**

Die Zuführung zum Verwaltungshaushalt ist auf 0 zu setzen. Die Erlöse aus Immobilienverkäufen werden ausschließlich zur Sondertilgung von Investitionsdarlehen

oder für dringende Investitionen an gemeindeeigenen Liegenschaften verwendet.  
Begründung: Der Verkauf von Immobilien zur Finanzierung laufender Kosten im Verwaltungshaushalt ist nicht akzeptabel. Der Vermögenshaushalt selbst bietet keinen Raum mehr für dringend notwendige Investitionen. Die CDU empfiehlt, aus dem Erlös des Immobilienverkaufs ein Investitionsprogramm zur Erneuerung von Straßen und kommunalen Einrichtungen zu finanzieren. Dies wäre zugleich ein Förderprogramm für die Bauwirtschaft der Gemeinde.

10. **Seite 70, KAG Biebesheim**

Die Gemeinde Seeheim-Jugenheim erklärt Ihren Austritt aus der KAG Biebesheim.

Begründung: Die KAG Biebesheim befasst sich vorrangig mit Problemen, die für Seeheim-Jugenheim nicht relevant sind. Die Mitgliedschaft ist zudem eine freiwillige Leistung. Sie kann in Zeiten knapper Kassen nicht mehr aufrecht erhalten werden.

11. **Seite 70, AG Flughafen**

Die Gemeinde Seeheim-Jugenheim erklärt Ihren Austritt aus der AG Flughafen.

Begründung: Die AG Flughafen befasst sich vorrangig mit Problemen, die für Seeheim-Jugenheim nicht relevant sind. Die Mitgliedschaft ist zudem eine freiwillige Leistung. Sie kann in Zeiten knapper Kassen nicht mehr aufrecht erhalten werden.

12. **Seite 148, Zuschuß Personennahverkehr**

Die Kosten für Anrufsammeltaxi und ÖPNV sind getrennt auszuweisen. Der Zuschuss für den ÖPNV ist zu halbieren. Für das Anrufsammeltaxi ist ein 75-prozentige Kostendeckung zu realisieren.

Begründung: Die Bezuschussung des ÖPNV ist eine freiwillige Leistung der Gemeinde, die Zeiten knapper Kassen nicht mehr aufrecht erhalten werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'B. Müller', written in a cursive style.